

**KÜRZUNGEN BEI
PFLEGEHEIMEN ?**

KITAS ?

**ÖFFENTLICHEN
VERKEHRSMITTELN ?**

UND SPITÄLERN?

NEIN!

ZUM SKfG

am 26. April

skfg-nein.ch



NEIN zum SKfG: Keine Sparpolitik auf dem Rücken der Bevölkerung!

Das Inkrafttreten des SKfG wird für die grosse Mehrheit der Bevölkerung teuer zu stehen kommen:

**Erhöhung um fast 4'000 Franken pro Jahr
für Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeheimen**

Kürzung von Busangeboten im öffentlichen Verkehr

Erhöhung der Kita-Tarife

Erschwerter Zugang zu Stipendien

Kürzungen bei den Spitälern

**Neue finanzielle Belastungen für die Gemeinden – mit
Leistungsabbau oder höheren lokalen Steuern als
Konsequenz**

**Lohnkürzungen auf Kosten derjenigen, die den
öffentlichen Dienst am Laufen halten – in Spitälern,
Schulen, Pflegeheimen und sozialen Einrichtungen**

Das SKfG stellt lediglich einen Bestandteil des PSKF dar, das insgesamt 80 Sparmassnahmen umfasst: höhere Studiengebühren, steigende Kosten für die Lehrabschlussprüfungen (EFZ), massive Kürzungen in den Bereichen Landwirtschaft und Umwelt sowie die Anhebung verschiedener Steuern und Gebühren für staatliche Dienstleistungen.

Zugleich bildet es nur den ersten Schritt eines weitergehenden Abbaus staatlicher Leistungen und öffentlicher Dienstleistungen, wie er vom Staatsrat vorgesehen ist.

Es ist an der Zeit, NEIN und STOPP zu sagen!

Die Folgen der Steuersenkung für Privilegierte

Seit 2017 hat der Staatsrat die gute Finanzlage genutzt, um umfangreiche Steuersenkungen zugunsten von Unternehmen und sehr vermögenden Personen durchzusetzen. Gesenkt wurden unter anderem die Unternehmensgewinnsteuer, die Steuern auf grosse Vermögen sowie die Kapitalertragssteuer. Diese Steuergeschenke bringen dem Kanton jährlich mehr als 150 Millionen Franken weniger Einnahmen. Mittel, die für zentrale öffentliche Aufgaben im Gesundheitswesen oder in der Bildung hätten eingesetzt werden können.

Die Kosten trägt die Bevölkerung

Obwohl der Kanton heute über ein Vermögen von 590 Millionen Franken verfügt, belastet der Staatsrat stattdessen die Bevölkerung, anstatt gewisse Steuerprivilegien wieder abzuschaffen. Für Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen steigen die Kosten jährlich um fast 4'000 Franken. Gleichzeitig wird das Busangebot im öffentlichen Verkehr reduziert und die Unterstützung für familienergänzende Kinderbetreuung gekürzt. Auch die Gemeinden stehen vor stark steigenden Ausgaben und haben letztlich nur zwei Möglichkeiten: entweder ihre Steuern zu erhöhen oder Leistungen abzubauen.

Unzureichend ausgebaute öffentliche Dienstleistungen

Eine vom Staatsrat in Auftrag gegebene Studie des Instituts für öffentliche Verwaltung (IDHEAP) zeigt: Die Pro-Kopf-Ausgaben des Kantons Freiburg liegen im Durchschnitt 357 Franken unter jenen der Schweizer Kantone. Aus vielen Bereichen der kantonalen Verwaltung ist bekannt, dass das Personal deutlich unter dem tatsächlichen Bedarf liegt - etwa im Freiburger Spital, im Jugendamt oder im Justizwesen.

Der Kanton Freiburg verzeichnet eine der stärksten demographischen Wachstumsraten des Landes und verfügt über die jüngste Bevölkerung der Schweiz. Um die Grundversorgung und die Lebensqualität der Bevölkerung zu sichern, braucht es einen Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen – nicht deren Abbau.



skfg-nein.ch



Sie lehnen die Sparpolitik ab.



„Stabile Arbeitsbedingungen garantieren zugängliche und hochwertige öffentliche Dienstleistungen für alle.“

Emilie Risse
Pflegefachfrau



„Mit dem SKfG riskieren wir Kürzungen bei lokalen Leistungen und höhere Gemeindesteuern.“

Catherine Plüss
Gemeindepräsidentin von Lully



„Ich kämpfe für eine leistungsstarke Notfallversorgung für Freiburg. Der Staatsrat hingegen will den Rettungsdienst, der ohnehin schon stark unter Druck ist, schwächen.“

Fabrice Corbat
Rettungssanitäter



„Das SKfG sieht Kürzungen von mehreren Millionen im öffentlichen Verkehr vor. Es besteht die Gefahr, dass die Gemeinden das Busangebot reduzieren müssen – die Bevölkerung hat das Nachsehen.“

Paula Pythoud
Busfahrerin



„Kürzungen bei den zugewiesenen Budgets für Kindertagesstätten schwächen die Betreuung, die Kinder brauchen. Sie bringen Familien in Schwierigkeiten und gefährden die Chancengleichheit bereits zu Beginn des Lebens.“

Coralie Arm
Fachfrau Betreuung



„Nach einem Leben voller Arbeit und Beitragszahlungen ist es nicht normal, dass Senioren, die in Pflegeheimen leben, mehr bezahlen und die Steuergeschenke an die Wohlhabenderen ausgleichen müssen.“

Othmar Keel
emeritierter Theologieprofessor, Bewohner eines Pflegeheims